

----- 20 -----
 nicht arbeitsfähig sind und die die es wohl sind statistisch zu erfassen. Damit ihm bekannt wird auf wieviel Arbeitskräfte gerechnet werden kann und wie die Lebensmittel nach der Grösse der Familie rationsweise zu verteilen sind.

"8. Das beschlagnahmte Land wird als Gemeinschaftseigentum erklärt. Jedoch darf das Land derjenigen, die über genügende physische und Berufskapazität verfügen nicht enteignet werden. Dies um ein Maximum an Rentabilität zu erhalten."

(Ausserdem darf das Land der kleinen Eigentümer nicht beschlagnahmt werden. Die Inbeschlagnahme wird durch aus CNT und UGT zusammengesetzte Organe ausgeführt.)

Diese Beschlüsse sind aufzufassen als eine Art Plan, wonach das Gewerkschafts-Einheits-Komitee die Agrarproduktion organisieren will. Hierbei ist festzustellen, dass die Leitung der Kleinbetriebe - und ebenfalls derjenigen Grossbetriebe, bei denen die "Maximum-Rentabilität" gewährleistet ist, - in den Händen der alten Besitzer verbleiben soll. Der übrige Grundbesitz wird für die "Gemeinschaft" enteignet, d.h. unter Leitung des Gewerkschafts-Komitees gestellt. Ferner erhält das G.E.K. die Kontrolle über die Gesamtproduktion. Aber mit keiner Silbe wird erwähnt, welche Rolle die Produzenten selbst in dieser neuen Produktionsordnung spielen sollen. Dieses Problem besteht für UGT und CNT scheinbar überhaupt nicht. Sie sehen ihre Aufgabe lediglich darin, eine andere Leitung, und zwar die des G.E.K. für eine Produktion zu errichten, die weiter auf der Basis der Lohnarbeit bestehen bleibt. Und doch entscheidet gerade die Frage der Erhaltung des Lohnsystems über die Entwicklung der proletarischen Revolution. Wenn die Arbeiter nach wie vor Lohnarbeiter bleiben, sei es auch im Dienste eines durch ihre eigene Gewerkschaft errichteten Komitees, dann bleibt ihre Position im Produktionssystem unverändert. Die soziale Revolution wird durch den unvermeidlich einsetzenden Kampf um ökonomischen Einfluss für Gewerkschaft oder Parteien von ihrer Haupt-richtung abgedrängt. Dann erhebt sich die Frage:

Internationale Rätekorrespondenz

№ 21 APRIL 1937

nicht
tist
viel
Lebe
zu v

scha
gen,
verf
an F

nich
durt
fuh:

Fla
Agr
ste
ebe
"Ma
Här
Gru
unt
Fe
sa
we
Pr
be
Si
Le
zu
be
de
p
vo
n
t
u
v
f
r

Inhalt :

	Seite
DER ANARCHO-SYNDIKALISMUS UND DIE SPANISCHE REVOLUTION.....	1.
Die Feuerprobe des Anarchismus.....	1.
Die Macht in den Betrieben.....	6.
Die ausländische Hilfe erdrosselt die Revolution.....	9.
Der Klassenkampf im "roten" Spanien.....	12.
Die ökonomische Organisierung der Revolution.....	14.
Die Übernahme der Produktion durch die Gewerkschaften.....	17.
Der Anarcho-Syndikalismus.....	23.
Die Notwendigkeit einer planmässigen Produktion.....	25.
Bolschewistische oder kommunistische Organisation.....	26.
EIN BRIEF AUS DEUTSCHLAND.....	31.

Man lese:

"International Council Correspondence"

Ausgabe der "Groups of Council Communists of America"

Die letzte Nummer enthält u.a. Artikel über den Streik bei General Motors und über die Lage in Spanien. Jede Nummer 10 ¢. Erscheint monatlich. \$ 1.- per Jahr.

"Bulletin", französische Ausgabe der "Ligue des Communistes Internationalistes" Belgique. Diskussionen über Spanien - Artikel über die Lage in Belgien. Jede Nummer 50 centimes. Erscheint monatlich.

XXXXX R A E T E K O R R E S P O N D E N Z XXXXX
 XX
 XX Theoretisches- und Diskussionsorgan XX
 XX für die Raetebewegung XX
 XX Gruppe internationaler Kommunisten -Holland XX
 XX
 XXXXXXXX No. 21 - April 1 9 3 7 XXXXXXXX

DER ANARCHO-SYNDIKALISMUS
 und die
SPANISCHE REVOLUTION

Die Feuerprobe des Anarchismus.
 Der heldenhafte Kampf der spanischen Arbeiter gegen die Faschisten ist ein Markstein in der Entwicklung der internationalen Klassenbewegung des Proletariats. Die spanischen Arbeiter haben durch ihren Kampf der Reaktion ein kräftiges "Halt!" zugerufen, und durch ihre Aktion die neue Periode des wiedererstarkten Klassenkampfes eingeleitet.
 Aber nicht nur in dieser Hinsicht ist der spanische Kampf von grosser Wichtigkeit für das Proletariat. Seine Bedeutung besteht andererseits auch darin, dass die alte, in den Reihen des Proletariats propagierte Praktik und Ideologie, die des Anarchismus und Anarcho-Syndikalismus, auf die Probe gestellt wurde.
 Spanien war immer das klassische Land des Anarchismus. Der gewaltige Einfluss, den diese Lehre in Spanien gewann, wird verständlich, wenn man sie in Beziehung setzt zur allgemeinen Klassenlage in diesem Lande. Die Lehre Proudhons vom individuellen, selbständigen Kleinbetrieb, und ihre Verlängerung auf dem Gebiet der Grossindustrie durch Bakounin stand in vollkommenem Einklang mit dem Freiheitskampf der spanischen Bauern, der auch die proletarische Klassenbewegung biologisch stark beeinflusste. Die anarchistischen Auffassungen waren tief ins spanische Proletariat eingedrungen, und sie haben ihren Stempel gedrückt auf die mächtige massale Widerstandsbewegung gegen den Faschismus.

Natürlich wollen wir nicht sagen, dass der Verlauf des Kampfes von den anarchistischen Auffassungen bestimmt worden ist, oder dass er völlig das Streben der Anarchisten zum Ausdruck bringt. Umgekehrt, wir werden sehen, wie im wirklichen Kampfe die Anarchisten sich immer mehr von ihren alten Auffassungen lösen mussten, und "Konzessionen" machten, die schliesslich auf eine totale Vernachlässigung ihrer alten Ideen hinauskam. Aber gerade darin liegt der Beweis, dass der Anarchismus den Problemen des revolutionären Klassenkampfes nicht gewachsen ist. Die anarchistischen Kampfmethoden haben sich in Spanien als untauglich erwiesen, nicht in dem Sinne, dass der zu geringe Umfang der proletarischen Widerstandsbewegung ihnen nicht gestattete, sich vollkommen zu entfalten, sondern umgekehrt in dem Sinne, dass die anarchistischen Kampfmethoden zur Organisation des proletarischen Kampfes nicht geeignet waren. Wie die Bolschewiki in Russland Schritt für Schritt von ihrer alten kommunistischen Theorie abwichen und schliesslich mit bürgerlich-kapitalistischen Methoden die Arbeiter- und Bauernmassen unterdrücken und ausbeuten, so werden jetzt auch die Anarchisten in Spanien auf diesen Weg gedrängt. Und ebenso, wie der Verlauf der russischen Revolution die Unzulänglichkeit der bolschewistischen Auffassungen um die Fragen des Klassenkampfes zu lösen bewiesen hat, so beweist jetzt die spanische Revolution die Unzulänglichkeit der anarchistischen Auffassungen zu dieser Aufgabe.

Dies zu konstatieren, ist von ausserordentlicher Wichtigkeit. Der für jeden ernsthaft revolutionären Arbeiter greifbare Verrat der II. und III. Internationale gibt den Anarchisten jetzt in der Arbeiterklasse neuen Kredit. Und der heldenhafte Kampf der spanischen Arbeiter hilft nicht wenig um den revolutionären Glorienschein der Anarchisten zu vergrössern. In dieser Entwicklung liegt eine grosse Gefahr, weil sie die alten anarchistischen Illusionen mit neuer Kraft belebt, und so eine immer grössere Verwirrung in der Arbeiterklasse zu Wege bringt. Gerade jetzt, wo die Anarchisten sich auf den spanischen Kampf berufen, um die Berechtigung ihrer Kritik am "Marxismus" zu beweisen,

nicht
tisti
viel
Leben
zu ve
schaf
gen,
verfü
an Re
nicht
durch
führ

Flan
Agra
stel
eben
"Mar
Händ
Gru
unte
Fern
sam
wel
Pro
bes
Sie
Lei
zu
bee
der
pro
vo
ne
te
un
ve
fl
ri

müssen wir am konkreten Verlauf dieses Kampfes zeigen, dass es gerade die anarchistischen Auffassungen sind, die dort Schiffbruch erlitten haben, und dass noch immer die marxistische Lehre, wenn auch nicht in ihrer sozialdemokratischen Verfälschung, sondern in ihrer ursprünglichen revolutionären Reinheit, an erster Stelle steht, wo es um das Begreifen der Situation und um das Aufzeigen des Weges und der notwendigen Methoden des revolutionären Kampfes geht.

Die Schwäche der anarchistischen Auffassungen hat sich in erster Linie gezeigt in der Haltung der anarchistischen Organisationen der Frage der Organisation der politischen Macht gegenüber. Sie haben die Auffassung vertreten, dass es, um den revolutionären Sieg zu sichern genüge, die Leitung der Betriebe in die Hände der Gewerkschaften zu legen. Sie haben nichts getan um der Volksfrontregierung die Macht zu entreissen und haben nicht gearbeitet an der Organisation einer politischen Räte-macht. Sie haben nicht die Lehre des Klassenkampfes der Arbeiter gegen die Bourgeoisie, sondern die Lehre des Klassenfriedens in der antifaschistischen Einheitsfront gepredigt. Später, als die Arbeitermacht von der Bourgeoisie immer mehr zurückgedrängt wurde, haben sie an der neu gebildeten Regierung teilgenommen, was sie vorher stets mit Entrüstung abgelehnt hatten. Sie versuchten diese Haltung zu rechtfertigen durch die Behauptung, dass nach der Kollektivisierung die Volksfrontregierung keine politische Macht mehr sei, sondern nur eine wirtschaftliche, weil nur die Gewerkschaftsorganisationen, wozu sie auch die kleinbürgerliche Esquerro zählten, in ihr vertreten seien. Die Grundlage der Macht liege ja in den Betrieben, und diese seien in den Händen der Gewerkschaften, also der Arbeiter. Die Anarchisten in der Regierung haben in die Liquidierung der Milizkomitees eingewilligt. Die Aufnahme der Arbeitermilizen in das reguläre Heer, das Verbot der POUM-Organisation in Madrid geschah mit ihrer Zustimmung. Sie haben mit derselben Kraft bei dem Zustandekommen der bürgerlichen politischen Macht geholfen, wie sie die Formung einer proletarischen politischen Macht zu verhindern versuchten.

Nicht, dass wir die Anarchisten für den Verlauf des Abwehrkampfes und seine Ablenkung in die bürgerliche Sackgasse verantwortlich machen wollen. An diesem

nicht
tistische
viel A
Lebens
zu ver

schaft
gen, c
verfüg
an Ren

nicht
durch
führt

Plan,
Agrar
stell
ebenf
"Maxi
Hände
Grund
unter
ferne
samtl
welch
Prod
best
Sie
Leit
zu e
best
der
prol
vor
nes
tee
unve
verr
fluss
rich

----- 4 -----
Verlauf sind andere Ursachen schuld, in erster Linie, die Passivität der Arbeiter in den anderen Ländern. Aber was man den Anarchisten nachzusagen hat, ist, dass sie die Kritik an dieser Situation nachgelassen haben, dass sie nicht mit aller Kraft in der Richtung einer proletarisch-revolutionären Entwicklung gesteuert haben, dass sie sich im Gegenteil mit dem jetzigen Verlauf identifiziert haben und so die Position der Arbeiter der Bourgeoisie gegenüber ausserordentlich erschwert und Illusionen schufen, die sich im weiteren Verlauf als sehr gefährlich erweisen werden.

Dieser Kritiklosigkeit der spanischen Anarchisten gegenüber haben viele "Libertaire" im Auslande eine abweisende Haltung angenommen, und sie sogar des Verrats an den anarchistischen Prinzipien beschuldigt. Doch ihre Kritik ist nur negativ, und ihre Haltung den Fragen des Klassenkampfes gegenüber völlig wirklichkeitsfremd. Das kann auch nicht anders sein, weil die anarchistischen Lehren nun einmal keine Antwort auf die von der Praxis gestellten Fragen geben. Keine Anteilnahme an der Regierung, keine politische Machtbildung, das ist die Lösung die von ihnen verkündet wird. Syndikalisierung der Produktion. Es ist aber gerade die Unzulänglichkeit dieser Lösungen, die auf die Frage der Organisation des revolutionären Kampfes keine Antwort geben, wodurch das Wiederaufkommen der bürgerlichen Mächte möglich wurde. Die spanischen Anarchisten sind gerade deshalb ins Fahrwasser der Bourgeoisie geraten, weil sie gegenüber den in der Praxis unerfüllbaren anarchistischen Lösungen keine proletarischen zu setzen wussten. Und dieses Manko in den anarchistischen Auffassungen auszufüllen, dazu sind auch die ausländischen Anarchisten nicht im Stande, weil eine Lösung dieser Probleme nur auf der Basis der marxistischen Lehre möglich ist.

Am extremsten verhalten sich die holländischen Anarchisten (mit Ausnahme der im NSV organisierten Anarcho-Syndikalisten). Die "prinzipiellen" Anarchisten in Holland lehnen jeden bewaffneten Kampf ab, weil er in Widerspruch zum anarchistischen Endziel stehe. Sie leugnen die Existenz der Klassen. Wenn sie auch nicht umhin können ihre Sympathie für die an der Seite

----- 5 -----
der Volksfront kämpfenden Massen auszusprechen, so ist ihre Haltung in Wirklichkeit doch nichts anderes als eine Sabotage des Kampfes. Sie wenden sich gegen alle Aktionen, die danach streben die spanischen Arbeiter durch Beschaffung von Waffen zu Hilfe zu kommen und setzen in den Mittelpunkt ihrer Propaganda die These, dass man alles tun müsse um eine Ausdehnung des Kampfes auf das übrige Europa zu vermeiden. Sie propagieren den "passiven Widerstand" nach dem Rezept-Ghandi, der, in die Wirklichkeit umgesetzt, die unbewaffneten Massen wehrlos den faschistischen Schlächtern ausliefert.

Die oppositionellen Anarchisten sagen, dass jede Zentralisierung der Macht in einer proletarischen Diktatur oder in einer zentralen Heeresleitung eine neue Unterdrückung über die Arbeiter bedeutet. Die spanischen Anarchisten antworten darauf, dass auch sie keine politische Macht anstreben, sondern gerade durch die Syndikalisierung der Produktion jede Unterdrückung der Arbeiter unmöglich machen. Sie sind der Meinung, dass wenn die Betriebe in den Händen der Arbeiter sind, keine über die Arbeiter herrschende Macht mehr möglich sei. Sie sind dabei dem Irrtum verfallen, dass die Macht der Arbeiter über die Betriebe und die Produktion aufrecht erhalten werden kann, ohne dass diese Macht zentral und politisch organisiert ist. Die harte Praxis des Klassenkampfes hält natürlich mit diesem Irrtum keine Rechnung; die zentrale und politische Macht über die Produktion und damit auch über die Arbeiter setzt sich durch, auch wenn die Anarchisten sie nicht wollen. Wenn die Arbeiter in den Betrieben unter dem Einfluss der anarchistischen Lehre diese Macht nicht selbst organisieren, wird die politische Macht von den Vertretern der bürgerlich kapitalistischen Interessen, den parlamentarischen Parteien, ausgeübt. Und dann bedeutet die Syndikalisierung der Produktion nichts anderes, als dass sich die Syndikate, die angeblich im Namen der Arbeiter die Betriebe verwalten, sich nach den Verordnungen und Gesetzen der bürgerlich kapitalistischen Regierung richten müssen.

Esperantistoj! Legu: "KLASBATALON", eldonata de la grupo de internaciaj komunistoj - Nederlando. Skribu al nia korespondadreso. Enhavo de Noj. 3 k 4 i.a.: Rusio hodiaŭa, Historia materialismo, Letero el Germanio

nicht
tistis
viel A
Lebens
zu ver
"g
schaft
gen, d
verfü
an Rent

nicht
durch
führt.

D
Flan,
Agrarp
stelle
ebenfa
"Maxim
Händen
Grundb
unter
Ferner
samtpr
welche
Produk
besteh
Sie se
Leitun
zu err
besteh
der Er
prolet
vor Lo
nes du
tees,
unverä
vermei
fluss
richtu

Die Macht in den Betrieben.

So gesehen drängt sich die Frage auf: "Ist es wahr, dass die Arbeiter in Katalonien, wo die Anarchisten die Syndikalisierung der Produktion durchgeführt haben, die Macht in den Betrieben hatten?" Zur Beantwortung dieser Frage genügt es, ein paar Auszüge aus der Broschüre: "Was sind die CNT und FAI?" (offizielle Ausgabe der CNT und FAI) heranzuziehen.

"Die Leitung der kollektivisierten Betriebe liegt in den Händen der Betriebsräte, die in allgemeiner Betriebsversammlung gewählt werden. Diese Räte sollen aus fünf bis fünfzehn Mitgliedern bestehen. Die Dauer der Zugehörigkeit zu den Betriebsräten ist zwei Jahre....."

"Die Betriebsräte sind verantwortlich vor der Betriebsversammlung und dem Generalrat des Industriezweiges."

"Zusammen mit dem allgemeinen Rat des Industriezweiges regeln sie die Produktion".

"Ferner regeln sie die Fragen der Arbeitsentschädigung, Arbeitsbedingungen, sozialen Einrichtungen, usw."

"Jeder Betriebsrat bestimmt einen Direktor. In Betrieben mit über 500 Arbeitern muss diese Ernennung geschehen im Einvernehmen mit dem Wirtschaftsrat. Im Einvernehmen mit den Arbeitern des Betriebes wird ferner in jedem Betrieb ein Betriebsratsmitglied als Vertreter der Generalidad bestimmt."

"Die Betriebsräte erstatten sowohl der Betriebsversammlung wie dem Generalidad ihres Industriezweiges laufend Bericht über ihre Arbeiten und Pläne."

"Im Falle von Unfähigkeit oder Weigerung der Befolgung von Beschlüssen können Mitglieder des Betriebsrates von der Betriebsversammlung oder vom Generalrat der Industrie abgesetzt werden."

"Wird eine solche Absetzung vom Generalrat der Industrie vorgenommen, dann können die Arbeiter des Betriebes dagegen appellieren, und das Wirtschaftsdepartement der Generalidad entscheidet über den Fall nach Anhörung des antifaschistischen Wirtschaftsrates."

7
"Die Generalräte der Industriezweige werden zusammengesetzt aus: vier Vertretern von Betriebsräten, acht Vertretern der Gewerkschaften je nach der Proportion der einzelnen Gewerkschaftsrichtungen in der Industrie und vier Technikern, die der antifaschistische Wirtschaftsrat stellt. Dieses Komitee arbeitet unter dem Vorsitz eines Mitgliedes des Wirtschaftsrates."

"Die Generalräte der Industrien beschäftigen sich mit folgenden Problemen: Regelung der Produktion, Kostenberechnung, Vermeidung von Konkurrenz zwischen den Betrieben, Studium des Bedarfs an Produkten der Industrie, Studium der in- und ausländischen Märkte, Ausarbeitung von Vorschlägen über Schliessung und Neuschaffung von Betrieben, Zusammenlegungen usw., Studium und Anregungen auf dem Gebiete der Arbeitsmethoden, Vorschläge für die Zollpolitik, Errichtung von Verkaufszentralen, Erwerb der Arbeitsmittel und Rohmaterialien, Aufnahme von Krediten, Errichtung technischer Versuchstationen und von Laboratorien, Produktions- und Bedarfsstatistik, Vorarbeiten für die Ersetzung ausländischer Materialien durch inländische usw."

Nimmt man an, dass diese Wiedergabe der Zustände mit der Wirklichkeit übereinstimmt - und es besteht kein Grund anzunehmen dass es anders ist - dann sieht man, dass die "Generalräte der Industrien" alle wirtschaftlichen Funktionen in Händen haben. Diese Generalräte sind zusammengesetzt aus 8 Vertretern der Gewerkschaften, 4 vom antifaschistischen Wirtschaftsrat ernannte Techniker und 4 Vertreter der Betriebsräte. Der antifaschistische Wirtschaftsrat ist die bekannte Körperschaft aus dem Beginn der Revolution, der sich aus Vertretern der Gewerkschaften und der Kleinbourgeoisie (Esquerra usw.) zusammensetzt. Als direkte Vertreter der Arbeiter würden also nur die 4 Vertreter der Betriebsräte gelten können. Wir sehen aber, dass die Absetzbarkeit der Betriebsratsmitglieder so geregelt ist, dass auch hier die Generalidad und der antifaschistische Wirtschaftsrat entscheidenden Einfluss hat. Denn der allgemeine Industrierrat kann ihm nicht angenehme Betriebsräte absetzen, wogegen die Arbeiter Berufung einlegen können bei der - Generalidad, die in Übereinstimmung mit dem antifaschistischen Wirtschaftsrat entscheidet! Die Betriebsräte regeln die Arbeitsbedingungen, aber sind nicht nur den Arbeitern gegenüber verantwortlich, son-

nicht
tistis
viel A
Lebens
zu ver
",
schaft
gen, d
verfüg
an Rent
(
nicht
durch
führt.

D:
Flan, v
Agrarp
stellen
ebenfal
"Maxim
Händen
Grundbe
unter I
ferner
samtpro
welche
Produkt
besteht
Sie seh
Leitung
zu err
bestehe
der Erk
proleta
vor Loh
nes dur
tees, d
unverar
vermeid
fluss f
richtun

8

dem auch dem Industrierat. Ein Direktor wird durch den Betriebsrat angewiesen, aber, bei den grossen Betrieben ist die Zustimmung des Industrierates erforderlich. Die Betriebsräte haben eine zweijährige Sitzungsperiode.

Kurz gesagt: Die Arbeiter haben in Wirklichkeit über den Verlauf der Dinge nichts zu sagen. Die Entscheidung liegt in den Händen der Gewerkschaften. Was das zu sagen hat, werden wir sehr bald sehen.

Wir können denn auch nicht, wie die CNT, so enthusiastisch über den "sozialen Aufbau" sein. "In den öffentlichen Büros pulst das Leben einer wirklichen, konstruktiven Revolution", schreibt Rosselli in "Was sind die CNT und FAI" (S. 38-39). Nach unserer Meinung schlägt der Herzschlag eines "wirklichen Lebens" der Revolution nicht in den öffentlichen Büros, sondern in den Betrieben. In den Büros schlägt das Herz eines anderen Lebens, und zwar des Bürokratismus.

Nicht an den Tatsachen üben wir Kritik. Die Wirklichkeit ist so, wie sie den Umständen und Machtverhältnissen entsprechend ist, und für die Tatsache, dass die Arbeiter in Katalonien nicht die Herrschaft ausüben, tragen nicht sie die Schuld. Die Ursache dafür ist in erster Linie in der internationalen Situation zu suchen, die die spanischen Arbeiter der Bourgeoisie der ganzen Welt gegenüberstellt. Unter solchen Umständen kann das spanische Proletariat sich nicht von seinen kleinbürgerlichen "Bundegegnossen" frei machen, wodurch die spanische Revolution schon in ihren ersten Anfängen erstickt wird.

Unsere Kritik richtet sich nur dagegen, dass die Zustände in Katalonien als Sozialismus bezeichnet werden. Denn diejenigen, die dies den Arbeitern als Wahrheit verkünden - teils weil sie selbst dieser Meinung sind, teilweise aber auch weil sie ihren Einfluss auf den Gang der Dinge nicht verlieren wollen - verhindern damit, dass die Arbeiter sich klar werden über das was in Spanien stattfindet, und erschweren damit die Entwicklung des revolutionären Kampfes.

Die spanischen Arbeiter können sich nicht gegen die Herrschaft der Gewerkschaften zur Wehr setzen, weil das den Zusammenbruch der militärischen Front zur Folge haben müsste. Und sie können den Kampf nicht aufgeben;

9

sie müssen kämpfen wenn sie nicht untergehen wollen. Jede Hilfe im Kampfe gegen die Faschisten, gleich von wem, ist ihnen willkommen. Sie fragen nicht, ob das Endziel ihres Kampfes Sozialismus oder Kapitalismus sein wird, denn wie auch die Frage beantwortet wird - an der Notwendigkeit des unmittelbaren direkten Kampfes, unter den Umständen so wie sie eben jetzt sind, wird damit nichts geändert. Nur ein kleiner Teil des Proletariats ist bewusst revolutionär.

Wenn die Gewerkschaften den Kampf organisieren, dann werden sich die Arbeiter dagegen sicher nicht zur Wehr setzen. In ihren Augen ist das absolut notwendig wenn die Fortführung des Kampfes gesichert und der Zusammenbruch an der Front vermieden werden soll. Dass daran ein Kompromis mit dem Bürgertum verbunden ist, wird dabei als nicht zu umgehen hingenommen. Die Parole der CNT aus den ersten Wochen: "Zuerst der Sieg über die Faschisten und dann erst steht die soziale Revolution auf der Tagesordnung", bringt denn auch die allgemeine Auffassung bei den spanischen Arbeitern zum Ausdruck.

Der Grund für eine solche Haltung ist in den zurückgebliebenen spanischen Verhältnissen zu suchen; sie ermöglichen nicht nur, sondern zwingen selbst zum Kompromis mit dem Bürgertum. Doch wird damit auch der Charakter des revolutionären Kampfes selbst verändert; er kann sich nicht gegen die Klassenherrschaft des Bürgertums richten und muss notwendiger Weise zur Festigung einer neuen bürgerlich kapitalistischen Ordnung führen.

Die ausländische Hilfe erdrosselt die Revolution.

Die Arbeiterklasse in Spanien kämpft nicht nur gegen die eigene faschistische Bourgeoisie, sondern gegen die der ganzen Welt. Die "faschistischen" Länder, Italien, Deutschland, Portugal, Argentinien u.a. unterstützen dabei die spanischen Faschisten mit allen Mitteln die ihnen zur Verfügung stehen. Diese Tatsache allein schon macht in Spanien den Sieg der Revolution unmöglich. Die gewaltige Macht der feindlichen Staaten ist für das spanische Proletariat zu gross.

Wenn angesichts dieser gewaltigen Macht die spanischen Faschisten bis jetzt nicht gesiegt haben, viel-

nicht
tistis
viel A
Lebens
zu ver

schafft
gen, d
verfüg
an Rent

nicht
durch
führt.

Di
Flan, v
Agrarpr
steller
ebenfal
"Maximu
Händen
Grundbe
unter I
ferner
samtpro
welche
Produkt
besteht
Sie seh
Leitung
zu erri
bestehe
der Erh
proleta
vor Loh
nes dur
tees, d
unverän
vermeid
fluss f
richtung

mehr gerade in der letzten Zeit an mehreren Fronten militärische Niederlagen erleiden, so ist das vor allem die Folge von der Lieferung von modernen Waffen an die anti-faschistische Regierung aus dem Auslande. Während Mexico schon vom Beginn an, sei es dann in beschränkter Masse, Waffen und Munition lieferte, begann Russland erst damit, nachdem der Kampf 5 Monate gedauert hatte. Diese Hilfe kam erst, nachdem die faschistischen Truppen, mit modernen Waffen aus Italien und Deutschland ausgerüstet und auch sonst durch die faschistischen Mächte in jeder Weise unterstützt, die antifaschistische Miliz mehr und mehr zurückdrängte. Die Fortführung des Kampfes wurde dadurch möglich. Die weitere Folge davon war, dass Deutschland und Italien noch mehr Waffen und auch Truppen sandten, wodurch diese Länder in steigendem Masse den politischen Zustand in Spanien selbst beherrschen. Eine solche Entwicklung der Dinge konnte Frankreich und England nicht gleichgültig bleiben, die sich ihrerseits um die Verbindung mit ihren Kolonien besorgt machen. Mehr und mehr bekommt dadurch der Kampf in Spanien den Charakter einer Auseinandersetzung zwischen den imperialistischen Grossmächten, die offen oder versteckt an diesem Kampfe teilnehmen, die um die Verteidigung alter, oder Eroberung neuer Machtpositionen kämpfen. Von beiden Seiten werden jetzt die feindlichen Fronten in Spanien mit Waffen und Hilfskräften versorgt und es ist noch nicht abzusehen wo und wann dieser Kampf enden wird.

Inzwischen wurden durch diese Hilfe des Auslandes die spanischen Arbeiter von der direkten Niederlage gerettet. Zugleich aber wurde damit der Revolution der Gnadenstoss gegeben. Die modernen Waffen aus dem Auslande machten den militärischen Kampf wieder möglich, aber zugleich wurde das spanische Proletariat den imperialistischen Interessen, in erster Linie von Russland, unterworfen. Russland hilft der spanischen Regierung nicht um die Revolution zu befördern, sondern um die Ausdehnung der Macht von Italien und Deutschland im Mittelmeer zu verhindern. Das Anhalten von russischen Schiffen und die Beschleppung von Schiffsladungen, lassen deutlich erkennen, was Russ-

land zu erwarten hat, wenn es Deutschland und Italien den Sieg davon tragen lässt.

Russland versucht in Spanien festen Fuss zu bekommen. Wir deuten nur eben darauf hin, wie nach und nach unter russischem Druck der Einfluss der spanischen Arbeiter auf den Gang der Dinge abbröckelt; wie das Miliz-Komitee aufgehoben wurde, die Staatsmacht im Wirtschaftsleben vergrössert, die POUM von der Regierung ausgeschlossen, die CNT in die Enge getrieben usw. Den Miliztruppen der CNT und POUM an der Aragon-Front werden seit Monaten Waffen und Munition verweigert. Das alles beweist, dass die Macht, die die spanischen Antifaschisten materiell von sich abhängig gemacht hat, auch den Kampf der spanischen Arbeiter beherrscht. Sie können sich zur Wehr setzen gegen den russischen Einfluss, die russische Hilfe können sie nicht entbehren. Und darum werden sie schliesslich alles hinnehmen müssen was Russland verlangt. Solange die Arbeiter ausserhalb Spaniens nicht in Aufstand kommen gegen ihre eigene Bourgeoisie und dadurch aktive Hilfe leisten auch für den revolutionären Kampf in Spanien, werden sie darum ihr sozialistisches Ziel opfern müssen.

Die wahre Ursache des inneren Zusammenbruchs der spanischen Revolution liegt darin, dass die spanischen Arbeiter von der materiellen Hilfe der kapitalistischen Länder - (in diesem Falle vom russischen Staatskapitalismus) - abhängig waren. Wenn die Revolution sich auf ein genügend grosses Gebiet erstreckt; wenn sie sich z.B. in England, Frankreich, Italien, Deutschland, Belgien durchsetzt, dann stehen die Dinge anders. Dann hätte niemand an die Unterstützung der Faschisten in Spanien gedacht. Wenn die Konterrevolution in den wichtigsten Industriegebieten von Europa niedergeschlagen ist, so wie jetzt in Spanien in Madrid, Katalonien und Asturien, dann ist die Macht der faschistischen Bourgeoisie gebrochen. Weissgardistische Truppen in reaktionären Gebieten können dann sicherlich noch die Revolution in Gefahr bringen, aber nicht mehr vernichten. Truppen, die über keine Industrie von einiger Bedeutung verfügen sind schnell am Ende ihrer Kraft. Darum wird auch die Arbeiterschaft, wenn sich die proletarische Revolution in den wichtigsten Industriegebieten von Europa durchsetzt, nicht mehr von kapitalistischen Mächten des Auslandes abhängig sein. Sie ist dann im Stande alle Macht zu übernehmen.

nicht
tistis
viel A
Lebens
zu ver
"i
schaft
gen, d
verfüge
an Rent
(A
nicht
durch
führt.)

Di
Flan, w
Agrarpr
steller
ebenfal
"Maximu
Händen
Grundbe
unter L
ferner
samtpro
welche
Produkt
besteht
Sie seh
Leitung
zu erri
besteht
der Erh
proleta
vor Lohn
nes dur
tees, da
unveränd
vermeid
fluss fr
richtung

----- 13 -----

So kommen wir zu der Schlussfolgerung, dass die proletarische erneut Revolution nur siegen kann, wenn sie international ist. Bleibt sie beschränkt auf ein kleines Gebiet, dann wird sie entweder mit bewaffneter Gewalt niedergeschlagen, oder sie entartet, indem sie für die imperialistischen Interessen der kapitalistischen Mächte gebraucht wird. Ist sie im internationalen Masse genügend stark, dann braucht auch eine Entartung in staats- oder privatkapitalistischem Sinne nicht befürchtet zu werden. Die Probleme die dann auftauchen, behandeln wir im folgenden Abschnitt.

Der Klassenkampf im "roten" Spanien.

Wenn wir im vorigen Kapitel auseinandergesetzt haben, wie die internationalen Verhältnisse das spanische Proletariat zum Kompromis mit den bürgerlichen Kräften zwang, so ist damit nicht gesagt, dass nun im "roten" Spanien der Klassenkampf aufgehört habe. Im Gegenteil: Auch unter dem Deckmantel der "anti-faschistischen Einheitsfront" wird er fortgesetzt. Die Angriffe der Bourgeoisie auf alle Machtpositionen der Arbeiter beweisen dies, die Liquidierung der Arbeiterkomitees, die schrittweise Verstärkung der Position der Regierung, usw. Die Arbeiter im "roten" Spanien können sich dieser Entwicklung gegenüber nicht gleichgültig verhalten, ihrerseits müssen sie versuchen die errungenen Positionen zu behaupten, das weitere Vordringen der Bourgeoisie zu verhindern und der Entwicklung eine neue, revolutionäre Richtung zu geben.

Wenn die Arbeiter in Katalonien versäumen, gegen das erneute Vordringen der Bourgeoisie Front zu machen, ist ihre völlige Niederlage gewiss. Nach einem eventuellen Siege der Volksfrontregierung über die Faschisten, wird diese alle Kräfte einsetzen um das Proletariat in seine vornerige Lage zurückzudrängen. Der Kampf zwischen der nach Befreiung aus der kapitalistischen Knechtschaft strebenden Arbeiterklasse und der Bourgeoisie wird dann weitergeführt werden, aber in ungleich schwierigeren Verhältnissen für das Proletariat, weil die "demokratische" Bourgeoisie, nach ihrem durch die Arbeiter erkämpften Siege über die Faschisten

----- 13 -----

dann alle Kräfte für den anti-proletarischen Kampf aufbieten kann. Die systematische Abbröckelung der Arbeitermacht dauert schon seit Monaten an, und in den Reden Caballero's kann man schon jetzt hören, was die Arbeiter von der heutigen Regierung erwarten können, wenn sie diese einmal zum Siege verholfen haben.

Wir haben gesagt, die spanische Revolution kann nur siegen, wenn sie sich im internationalen Rahmen ausdehnt. Aber die spanischen Arbeiter können nicht warten bis die Revolution im übrigen Europa ausbricht, sie können nicht warten auf eine Hilfe, die bis jetzt nur zu den frommen Wünschen gehört. Sie müssen schon jetzt ihre Sache verteidigen, nicht nur gegen die Faschisten, sondern auch gegen ihre bürgerlichen "Bundesgenossen". Die Organisierung ihrer Macht auch in der heutigen Lage ist für sie eine zwingende Notwendigkeit.

Wie verhält sich nun die spanische Arbeiterbewegung selbst dieser Frage gegenüber?

Die einzige Bewegung die auf dieser Frage eine konkrete Antwort gibt ist die POUM. Sie propagiert die Einberufung eines allgemeinen Rätekongresses, aus dem eine wirkliche proletarische Regierung hervorgehen soll.

Dazu ist zu sagen, dass die Grundlage für ein derartiges Streben bis jetzt noch nicht vorhanden ist. Die sogenannten "Arbeiterräte", insoweit sie noch nicht liquidiert sind, stehen zum grossen Teil unter dem Einfluss der Generalidad, die auf ihre Zusammensetzung eine scharfe Kontrolle ausübt. Übrigens, auch sonst kann die Zusammenrufung eines Kongresses nicht die Macht der Arbeiter über die Produktion sichern. Die gesellschaftliche Macht umfasst mehr als die Ausübung einer Regierungsfunktion. Nur wenn die proletarische Macht das ganze gesellschaftliche Leben durchdringt, kann sie sich behaupten. Die zentrale politische Macht, wie gross ihre Bedeutung auch sein möge, ist doch nur das Verbindungsglied der, überall, in allen Teilen des gesellschaftlichen Lebens wurzelnden Machtpositionen.

Wenn die Arbeiter ihre Macht der Bourgeoisie gegenüber organisieren wollen, können sie diese Aufgabe nur von Grund auf anfassen. Als erstes müssen sie ihre Betriebsorganisationen von dem Einfluss der offiziellen Parteien und Gewerkschaften befreien, weil diese sie an die heutige Regierung und dadurch an die kapitalia-

nicht
tisti
viel
Leben
zu ve
schaft
gen, c
verfüg
an Ren
nicht
durch
führt.
D
Flan,
Agrarp
stelle
ebenfa
"Maxim
Händen
Grundb
unter l
ferner
samtpro
welche
Produkt
besteht
Sie seh
Leitung
zu erri
bestehe
der Erb
proleta
vor Loh
nes dur
tees, d
unverän
vermeid
fluss f
richtun

tische Gesellschaft binden. Von den Betriebsorganisa-
tionen aus müssen sie ihren Einfluss in allen Teilen
des gesellschaftlichen Lebens zur Geltung bringen. Nur
auf dieser Grundlage ist die Bildung der proletari-
schen Macht möglich. Und nur auf dieser Grundlage kön-
nen sich die Kräfte der Arbeiterklasse zur Zusammen-
arbeit finden, nur von hier aus kann die Organisation
der Arbeitermacht erfolgen.

Die ökonomische Organisierung der Revolution.

Die Fragen der politischen und ökonomischen Or-
ganisierung der Revolution sind nicht von einander zu
trennen. Die Anarchisten, die die Notwendigkeit der
politischen Organisation leugnen, können dadurch auch
auf die Frage der ökonomischen Organisation keine zu-
treffende Antwort geben. Die Frage der Verbindung der
Arbeit in den verschiedenen Produktionsstätten und der
Güterzirkulation steht in enger Beziehung zu der Bil-
dung einer politischen Arbeitermacht. Die Macht der
Arbeiter in den Betrieben kann sich nicht behaupten
ohne die Bildung einer politischen Arbeitermacht, eben-
sowenig wie die Letztere eine Arbeitermacht bleiben
kann, wenn nicht die Betriebsratsorganisation ihre
Grundlage bildet. So erhebt sich, nachdem wir die Not-
wendigkeit der Bildung einer politischen Macht aufge-
zeigt haben, die Frage nach der Form der proletari-
schen Macht, wie sie sich in der Gesellschaft durch-
setzt, und wie sie wurzelt in den Betrieben.

Angenommen, die militärische Macht der Bour-
geoisie sei dadurch, dass die Arbeiter in den haupt-
sächlichen Industriegebieten z.B. Europas die Macht
erobert hätten, zum grössten Teil gebrochen, dann
droht der Revolution von aussen keine wesentliche Ge-
fahr mehr. Aber jetzt sind die Arbeiter, die gemein-
samen Besitzer der Betriebe, vor die Aufgabe gestellt
diese für die Bedürfnisse der Gesellschaft drohen zu
lassen. Hierfür sind Rohstoffe nötig. Woher müssen
sie kommen? Oder, das Produkt ist fertig. Wohin muss
es gesandt werden, wer hat Bedarf daran?

Alle diese Probleme können nicht gelöst werden,
wenn jeder Betrieb nach eigener Weise zu arbeiten be-
gänne. Die Rohstoffe für einen **jeden Betrieb** können
aus allen möglichen Teilen der Erde und seine Produk-
te werden an allen möglichen Ecken und Enden ver-
braucht. Wie müssen die Arbeiter erfahren vonwo sie
ihre Rohstoffe beziehen müssen, wie finden die
Verbraucher ihre Produkte? Es kann auch nicht auf
geratewohl produziert werden und es können keine Pro-
dukte oder Rohstoffe abgegeben werden, ohne festzu-
stellen, dass sie in zweckentsprechender Weise ver-
wandt werden. Wenn das Wirtschaftsleben nicht sofort
zusammenbrechen soll, dann müssen Regelungen getroffen
werden nach denen eine Organisierung der Güterbewegung
möglich ist.

Hierin liegt dann allerdings die Schwierigkeit.
Im Kapitalismus wird diese Aufgabe erfüllt durch den
"Freien Markt" und durch das Geld. Auf dem "Marite"
treten sich die Kapitalisten, die Besitzer der Pro-
dukte, gegenüber; hier werden die Bedürfnisse der Ge-
sellschaft festgestellt. Das Mass dafür ist das Geld.
Die Preise bringen den ungefähren Wert der Produkte
zum Ausdruck. Im Kommunismus dagegen fallen diese an
den Privatbesitz gebundenen und ihm entspringenden
Einrichtungen weg. Es entsteht also die Frage: WIE
MÜSSEN DIE BEDÜRFNISSE DER GESELLSCHAFT FESTGESTELLT
UND BESTIMMT WERDEN?

Uns ist bekannt, dass der "freie Markt" seine
Aufgabe nur sehr mangelhaft erfüllt. Die Bedürfnisse
die er misst, sind nicht bestimmt durch die wirkli-
chen Lebensbedürfnisse der Menschen, sondern durch
die Kapitalkraft der Besitzenden und durch die Lohn-
höhe der einzelnen Arbeiter. Im Kommunismus dagegen
geht es darum, die wirklichen Bedürfnisse der Massen
zu befriedigen; es muss also das wirkliche Bedürfnis
festgestellt werden, und nicht jenes das abhängt vom
Inhalt des Portemonnaies.

Selbstredend können die Bedürfnisse der Massen
nicht durch irgendeinen bürokratischen Apparat fest-
gestellt werden, sondern nur durch die Arbeiter selbst.
Es kommt hierbei nicht in erster Linie darauf an, ob
die Arbeiter fähig sind, dies selbst zu tun, sondern
es handelt sich dabei um das Verfügungsrecht über die
gesellschaftlichen Produkte. Lässt man einen büokra-
tischen Apparat darüber verfügen welche Bedürfnisse

nicht
tisti
viel
Leben
zu ve
schaft
gen, d
verfüg
an Ren
(
nicht
durch
führt.

D
Plan,
Agrarp
stelle
ebenfa
"Maxim
Händen
Grundb
unter
ferner
samtpr
welche
Produkt
besteht
Sie sek
Leitung
zu err
besteh
der Erh
proleta
vor Loh
nes dur
tees, d
unverär
vermeid
fluss f
richtun

----- 16 -----

die Masse haben darf, so ist hiermit ein neues Machtinstrument über die Arbeiterklasse geschaffen. Für die Arbeiter ist es darum notwendig, sich in Verbraucher-Genossenschaften (Kooperationen) zusammenzuschliessen und so selbst den Organismus zu schaffen der ihre Bedürfnisse zum Ausdruck bringt. Genau dasselbe gilt für die Betriebe. Dort sind es die in den Betriebsorganisationen vereinigten Arbeiter, die feststellen, wieviel Rohstoffe usw. sie für das von ihnen herzustellende Produkt nötig haben. Es gibt also nur ein Mittel um im Kommunismus die Bedürfnisse, und zwar die wirklichen Bedürfnisse der Massen, festzustellen, nämlich die Organisation der Produzenten-Konsumenten, der Arbeiter in Betriebsorganisationen und Verbrauchergenossenschaften.

Nun genügt es aber noch nicht wenn die Arbeiter wissen was zu ihrem Lebensunterhalt nötig ist und dass die Betriebe wissen wieviel Rohstoffe usw. sie haben müssen. Die Betriebe untereinander beliefern sich gegenseitig, es findet ein Stoffwechsel statt, die Produkte durchlaufen in den verschiedenen Phasen mehrere Betriebe bevor sie in den Verbrauch eingehen können. Um diesen Prozess aufrecht erhalten zu können ist nötig nicht nur Quanten festzustellen sondern auch zu administrieren. Wir kommen so auf den zweiten Teil des Mechanismus der den "Freien Markt" ablösen muss, nämlich die ALLGEMEINE GESELLSCHAFTLICHE BUCHHALTUNG. Diese wird die Angaben, die sie von den verschiedenen Betrieben und Verbrauchergenossenschaften erhält, zu einer übersichtlichen Ganzen verarbeiten müssen, welches einen genauen Einblick in die Bedürfnisse und Möglichkeiten der Gesellschaft gestattet.

Die Errichtung einer solchen zentralen Buchhaltung ist unerlässlich, wenn die Gesamtproduktion nicht im Chaos untergehen soll. Zumindest dann wenn der Privatbesitz an den Produktionsmitteln und mit ihm der "Freie Markt" beseitigt ist. Oder besser gesagt, der "Freie Markt" kann nicht eher verschwinden, ehe nicht eine derartige Organisation des Güterverkehrs mittels der Produzenten- und Konsumenten-Genossenschaften und der zentralen Buchhaltung ins Leben gerufen ist.

Russland zeigte, wie sich der "Freie Markt"

----- 17 -----

trotz aller durch die Bolscheviki angewandten Unterdrückungsmassnahmen, behauptete, und dies, weil die Organe die ihn ersetzen sollten, nicht funktionierten. In Spanien ist die Ohnmacht der Organisationen, eine kommunistische Produktion aufzubauen, aus der Tatsache des Fortbestehens des "Freien Marktes" deutlich zu konstatieren. Sehr wohl hat die alte Form des Eigentums ein anderes Gesicht angenommen. Anstelle des persönlichen Besitzes an den Produktionsmitteln steht heute teilweise ein Zustand in dem die Gewerkschaftsorganisationen die Rolle des früheren Besitzers in etwas modifizierter Form übernommen haben. Die Form ist geändert, das System ist geblieben. Der Besitz als solcher ist nicht abgeschafft, der Tausch von Waren und Werten ist nicht verschwunden. Dies ist denn auch die grosse Gefahr, die die spanische Revolution von INNEN bedroht.

Die Arbeiter haben die Aufgabe eine prinzipiell neue Form der Güterverteilung zu finden. Bleiben sie an den jetzigen Formen kleben, so haben sie damit für die völlige Restauration des Kapitalismus alle Türen offen gelassen. Im anderen Falle, wenn tatsächlich eine zentrale Güterverteilung verwirklicht wurde, haben die Arbeiter die Aufgabe den zentralen Apparat unter ihrer Kontrolle zu halten. Es besteht sonst die Möglichkeit dass dieser Apparat, der eingesetzt wurde zur blossen Registration und zu statistischen Zwecken, sich Machtfunktionen aneignet und sich ein Machtsinstrument schafft, welches gegen die Arbeiter eingesetzt werden kann. Die Entwicklung hätte damit den ersten Schritt in staatskapitalistischer Richtung eingeschlagen.

Die Übernahme der Produktion durch die Gewerkschaften.

Diese Tendenz ist in Spanien sehr deutlich wahrnehmbar. In den Händen der Gewerkschaftsleitungen befindet sich ein grosser Teil der Verfügungsgewalt über den Produktionsapparat. Ebenfalls üben sie auf die militärischen Formationen einen entscheidenden Einfluss aus. Der Einfluss der Arbeiter auf das ökonomische Leben geht nicht weiter als durch den Einfluss, die sie auf die Gewerkschaften haben. Wie sehr dieser Einfluss

nicht
tisti
viel
Leben
zu ve

schaft
gen,
verfüg
an Her

nicht
durch
führt.

L
Plan,
Agrary
stelle
ebenfa
"Maxim
Händen
Grundb
unter
ferner
samtpr
welche
Produk
besteh
Sie se
Leitun
zu err
besteh
der Er
prolet
vor Lo
nes du
tees,
unverä
vermeid
fluss
richtur

ein beschränkter ist, beweisen die Massnahmen der Gewerkschaften, die wohl nicht zu einem ernsthaften Angriff auf das Privateigentum geführt haben.

Wenn die Arbeiter die Regelung des ökonomischen Lebens selbst zur Hand nehmen, wird eine ihrer ersten Massnahmen gegen das Parasitentum gerichtet sein. Der Zustand dass für Geld alles käuflich ist, dass Geld der Zauberer ist, der alle Pforten öffnet, er wird verschwinden. Eine der ersten Massnahmen der Arbeiter wird ohne Zweifel die Ausgabe einer Art Arbeitsgeld sein. Nur der wird es erhalten, der für die Gesellschaft eine nützliche Arbeit verrichtete (besondere Regelungen für Alte, Kranke, Kinder, usw. werden natürlich notwendig sein).

In Katalonien ist dieses nicht geschehen. Hier blieb das Geld der Vermittler bei den Gütertransaktionen. Wenn auch eine gewisse Kontrolle auf die Güterbewegung eingeführt wurde, so hat dies doch nichts geändert an der Tatsache, dass die Arbeiter ihr bishen Besitz ins Pfandhaus bringen müssen, während die Hausbesitzer ein arbeitsloses Einkommen in der Höhe von 4% ihres Kapitals bis zu einer gewissen Grenze garantiert bekommen. ("L'Espagne Antifasciste" - 10. Oktober).

Man kann mit dem Einwand kommen, dass die Gewerkschaften keine anderen Massnahmen nehmen konnten, weil sie sonst die antifaschistische Einheitsfront in Gefahr gebracht hätten. Und dass sie nach dem Sieg über die Faschisten sehr sicher das Versäumte nachholen, und alle notwendigen Reformen durchführen würden. Die freieitliche Einstellung der CNT sei eine sichere Garantie dafür.

Wer so argumentiert verfällt in denselben Fehlern als die verschiedenen Bolschewiki von links und rechts. Die bisher genommenen Massnahmen beweisen eindeutig, dass die Arbeiter heute die Macht nicht in Händen haben. Mit welchen Argumenten will man den Standpunkt verteidigen, dass dieselben Gewerkschaftsapparate, die heute über die Arbeiter herrschen, nach der Niederlage der Faschisten ihre Macht freiwillig in die Hände der Arbeiter legen werden?

Sicher, die CNT ist freieitlich. Selbst wenn wir annehmen, dass ihre Spitzen bereit wären, wenn die

militärische Lage es erlaubt, von ihrer Verfügungsgewalt Abstand zu tun, was wäre damit verändert? Denn nicht der eine oder der andere Führer hat die Macht; die Macht liegt in den Händen des grossen Apparates der sich aus all den unzähligen grösseren und kleineren Bonzen, die die Schlüsselpositionen und Positionen beherrschen, zusammensetzt. Sie sind im Stande, in dem Moment wo man sie aus ihrer selbstverständlich bevorrechteten Position vertreiben will, die ganze Produktion auf den Kopf zu stellen. Hier taucht genau dasselbe Problem auf, dass auch in der russischen Revolution eine solche schwerwiegende Rolle gespielt hat. Der bürokratische Apparat sabotierte dort, solange die Arbeiterkontrolle in den Fabriken bestand, das ganze Wirtschaftsleben. Genau so geht es in Spanien. Alle von der CNT für die Idee des Selbstbestimmungsrechtes der Betriebsbelegschaften aufgebrachte Begeisterung ändert nichts an der Tatsache, dass die Gewerkschaftskomitees faktisch die Funktion der "Arbeitgeber" übernommen haben, und somit den Arbeitern gegenüber als Ausbeuter aufzutreten, gezwungen sind. Das System der Lohnarbeit ist in Spanien aufrechterhalten, nur eins ist verändert: War sie früher Lohnarbeit im Dienste des Kapitalisten, heute ist sie es im Dienste der Gewerkschaften. Um das zu beweisen, seien einige Zitate aus "L'Espagne Antifasciste" angeführt. Im Nummer 24 vom 28. Nov. '36. finden wir einen Artikel: "Die Revolution organisiert sich". Ihm entlehnen wir das Folgende:

"Das provinziale Plenum von Granada, gehalten zu Guadix vom 2 - 4 Oktober '36 hat folgende Beschlüsse genommen:.....

"5. Das Komitee der Gewerkschafts-Einheit soll die Kontrolle über die gesamte Produktion (Es ist hier vom Landbau die Rede) ausüben. Es wird ihm dafür alles zur Aussaat und Ernte nötige Material zur Verfügung gestellt.

"6. Als Grundlage der Zusammenarbeit mit anderen Gebieten muss jedes Komitee den Gütertausch dadurch zustande bringen, indem es die Werte der Produkte nach Massgabe der gangbaren Preise mit einander vergleicht.

"7. Um die Arbeit zweckmässig zu gestalten wird das Komitee dazu übergehen müssen alle Bewohner die

nicht
tisti
viel
Leber
zu ve

schaf
gen,
verfü
an Re

nicht
durch
führt

I
Flan,
Agrary
stelle
ebenfe
"Maxim
Händer
Grundt
unter
ferner
samtpr
welche
Produk
besteh
Sie se
Leitun
zu err
besteh
der Er
prolet
vor Lo
nes du
tees,
unverä
vermeid
fluss
richtur

nicht arbeitsfähig sind und die die es wohl sind statistisch zu erfassen. Damit ihm bekannt wird auf wieviel Arbeitskräfte gerechnet werden kann und wie die Lebensmittel nach der Grösse der Familie rationsweise zu verteilen sind.

"8. Das beschlagnahmte Land wird als Gemeinschaftseigentum erklärt. Jedoch darf das Land derjenigen, die über genügende physische und Berufskapazität verfügen nicht enteignet werden. Dies um ein Maximum an Rentabilität zu erhalten."

(Ausserdem darf das Land der kleinen Eigentümer nicht beschlagnahmt werden. Die Inbeschlagnahme wird durch aus CNT und UGT zusammengesetzte Organe ausgeführt.)

Diese Beschlüsse sind aufzufassen als eine Art Plan, wonach das Gewerkschafts-Einheits-Komitee die Agrarproduktion organisieren will. Hierbei ist festzustellen, dass die Leitung der Kleinbetriebe - und ebenfalls derjenigen Grossbetriebe, bei denen die "Maximum-Rentabilität" gewährleistet ist, - in den Händen der alten Besitzer verbleiben soll. Der übrige Grundbesitz wird für die "Gemeinschaft" enteignet, d.h. unter Leitung des Gewerkschafts-Komitees gestellt. Ferner erhält das G.E.K. die Kontrolle über die Gesamtproduktion. Aber mit keiner Silbe wird erwähnt, welche Rolle die Produzenten selbst in dieser neuen Produktionsordnung spielen sollen. Dieses Problem besteht für UGT und CNT scheinbar überhaupt nicht. Sie sehen ihre Aufgabe lediglich darin, eine andere Leitung, und zwar die des G.E.K. für eine Produktion zu errichten, die weiter auf der Basis der Lohnarbeit bestehen bleibt. Und doch entscheidet gerade die Frage der Erhaltung des Lohnsystems über die Entwicklung der proletarischen Revolution. Wenn die Arbeiter nach wie vor Lohnarbeiter bleiben, sei es auch im Dienste eines durch ihre eigene Gewerkschaft errichteten Komitees, dann bleibt ihre Position im Produktionssystem unverändert. Die soziale Revolution wird durch den unvermeidlich einsetzenden Kampf um ökonomischen Einfluss für Gewerkschaft oder Parteien von ihrer Hauptrichtung abgedrängt. Dann erhebt sich die Frage:

Inwieweit kann man die Gewerkschaften als wirkliche Vertretung der Arbeiter betrachten, d.h., wieviel Machteinfluss haben die Arbeiter über die zentralen Gewerkschaftskomitees, die das gesamte ökonomische Leben beherrschen?

Die Wirklichkeit zeigt, dass die Arbeiter jeden Einfluss resp. Macht über diese Organisationen verlieren. Selbst im günstigsten Falle, wenn alle Arbeiter in der CNT und UGT organisiert sind, und selbst die Komitees gewählt haben, verwandeln sich diese, einmal in Funktion, nach und nach in selbständige Machtorgane. Diese Komitees stellen alle Normen für die Produktion und Distribution fest, ohne Verantwortung schuldig zu sein an die Arbeiterschaft, die sie auf ihre Funktion hob - ohne dass sie nach dem Willen der Arbeiter jeden Augenblick abgelöst und ersetzt werden könnten. Sie erhalten die Verfügung über alle für die Arbeit erforderlichen Produktionsmittel sowie über die Produkte, während die Arbeiter lediglich eine bestimmte Lohnsumme für die von ihnen geleistete Arbeit erhalten.

Das Problem für die spanischen Arbeiter besteht also vorläufig darin, die Macht über die Gewerkschaftskomitees, welche die Produktion und Distribution beherrschen, zu erhalten. Und hier zeigt sich deutlich die entgegengesetzte Wirkung erzeugt: Die Anarcho-SyndikalistInnen meinen, dass alle Schwierigkeiten überwunden sind, wenn nur die Gewerkschaften die Leitung der Produktion erhalten. Sie sehen wohl die Gefahr der Bildung einer Bürokratie, aber nur in den Staatsorganen - nicht in den Gewerkschaften. Sie glauben, dass die "freiheitliche Gesinnung" eine derartige Entwicklung unmöglich mache.

Aber gerade in Spanien dürfte es sich genügend gezeigt haben, dass die "freiheitliche Gesinnung" beiseite geschoben wird, wenn die materielle Notwendigkeit ihre Forderungen stellt. Auch von anarchistischer Seite kann man die Entwicklung einer Bürokratie bestätigt finden. Der "L'Espagne Antifasciste" vom 1. Jan. enthält einen Artikel, übernommen aus der "Tierra y Libertad" (Grund und Freiheit, Organ der FAI) woraus wir Folgendes zitieren:

"Das letzte Plenum der "Regionale Föderation" der anarchistischen Gruppen in Katalonien hat.....den

nicht
tist
viel
Lebe
zu v

scha
gen,
verf
an Re

nicht
durch
führt

Plan,
Agrar
stell
ebenf
"Maxi
Hände
Grund
unter
ferne
samtp
welch
Produ
bestel
Sie s
Leitu
zu er
bestel
der E
prolet
vor Lo
nes du
tees,
unver
vermei
fluss
richtu

22

Standpunkt des Anarchismus gegenüber den Forderungen der Gegenwart festgestellt. Wir werden alle diese Schlüsse bekanntgeben und dieselben mit einem kurzem Kommentar versehen."

Aus diesen kommentierten Beschlüssen ist nachstehende Auszug entnommen:

"4) Es ist notwendig, die parasitaire Bürokratie, die sich gegenwärtig in starkem Masse in den unteren und oberen Organen des Staates entwickelt hat, zu beseitigen."

"Der Staat ist der ewige Brutplatz gewesen für eine bestimmte Klasse: die Bürokratie. Gegenwärtig wird der Zustand ernst. Sie schleppt uns mit in eine Strömung, die für die Revolution gefährlich ist. Die betriebliche Kollektivisierung, mit der Errichtung von Räten und Komitees, hat den Nährboden geschaffen für eine neue Bürokratie, die dem Schoss der Arbeiterschaft selbst entsprungen ist. Die Ziele des Sozialismus missachtend, geschieden von dem Geist der Revolution, handeln die Elemente, die die Leitung der Produktionsstätten oder der ausserhalb der Gewerkschaftskontrolle stehenden Industrien in Händen haben, oft als wirkliche Bürokraten, mit absoluten Vollmachten und treten auf als neue Herren.

"In den Staatsbüros und in den örtlichen Organen kann man sich überzeugen von der Zunahme der "federnässer". Diesen Dingen muss ein Ende gemacht werden. Es ist die Aufgabe der Gewerkschaften und Arbeiter gegen diesem Strom des Bürokratismus einen Damm zu errichten. Und es ist die Gewerkschaftsorganisation die diese Aufgabe lösen kann.

"Das Parasitentum muss aus der neuen Gesellschaft verschwinden. Es ist unsere gebieterische Pflicht, den Kampf dagegen mit den schärfsten Mitteln und ohne Zögern zu beginnen."

Jedoch die Bürokratie durch die Gewerkschaften vertreiben, hiesse den Teufel durch Belzebub austreiben wollen. Denn es sind die Machtverhältnisse und

23

nicht die idealistischen Lehrsätze, die den Lauf der Entwicklung bestimmen. Der spanische Anarcho-Syndikalismus, der mit anarchistischen Lehrsätzen durchtränkt ist, erklärt sich für "freien Kommunismus" und gegen jegliche zentrale Gewalt. Jedoch seine eigene Kraft ist konzentriert in der Gewerkschaftsorganisation und darum ist diese das Mittel, wodurch die Anarchosyndikalisten den "freien" Kommunismus verwirklichen wollen.

Der Anarcho-Syndikalismus.

So sehen wir, dass bei den spanischen Anarchosyndikalisten Theorie und Praxis verschiedene Wege gehen. Dies konnten wir bereits feststellen, als ersichtlich war, dass CNT und FAI sich nur dadurch halten konnten, indem sie Schritt für Schritt ihren antipolitischen Standpunkt preisgaben. Genau dasselbe müssen wir nun konstatieren bei dem "ökonomischen Aufbau der Revolution".

Theoretisch sind sie Vorkämpfer des "freien" Kommunismus, aber um die "freien" Betriebe in Bewegung zu bringen im Interesse der Revolution, sind sie gezwungen, ihnen die "Freiheit" zu nehmen und die ganze Produktion einer zentralen Leitung zu unterordnen. Die Praxis zwingt auch hier zum Verlassen der Theorie. Das bedeutet also, dass die Theorie nicht für die Praxis berechnet war.

Eine Erklärung hierfür finden wir, wenn wir die Theorie vom "freien Kommunismus" etwas näher betrachten. Dann zeigt sich sogleich, dass diese in Wirklichkeit den Auffassungen Proudhons entstammen, die seinerzeit durch Bakounin an die modernen Produktionsverhältnisse angepasst wurden.

Diese Auffassungen, die Proudhon vor etwa 100 Jahren in Bezug auf den Begriff des Sozialismus entwickelte, sind nichts anderes als idealistische Vorstellungen des Kleinbürgers, der die freie Konkurrenz der Kleinbetriebe als den ideale Zustand sah, auf den die Entwicklung gerichtet sein müsse. Die freie Konkurrenz solle automatisch alle Privilegien abschaffen, weil letztere nur dem Monopol, d.h. dem Geldmonopol der Banken und dem Grundmonopol der Grossgrundbesitzer ihre Entstehung verdanken. Auf diese Weise solle dann auch aller Zwang von oben ab überflüssig werden. Die Profiteure sollten verschwinden, jeder solle nur den "vollen Ertrag seiner Arbeit" erhalten, eben weil nach Proudhon die

Profite nur durch das Handelsmonopol entstehen konnten. "Ich will das Eigentum nicht abschaffen, sondern verallgemeinern", d.h. auf den Kleinbesitz zurückführen und der Macht entkleiden; denn Proudhon verurteilt nicht die Tatsache des Besitzes, in der freien Verfügung über die Früchte der Arbeit sieht er ja 'das Wesen der Freiheit', er verurteilt das Eigentum als Vorrecht und Macht, das Herrenrecht am Eigentum." ("Proudhon und der Sozialismus" von Gottfried Salomon, S. 31). Das Geldmonopol z.B. wollte Proudhon durch die Errichtung einer zentralen Kreditbank abschaffen, oder auch durch den gegenseitigen Kredit der Produzenten untereinander, in jedem Falle jedoch musste das Kredit kostenlos sein. Werden wir hieran nicht erinnert wenn wir in der "L'Espagne Antifasciste" vom 10. Oktober Folgendes lesen:

"Das Syndikat CNT der Beamten der Leihbank in Madrid schlägt die sofortige Umwandlung aller Leihbanken in Institutionen für Gratis-Kredite für die arbeitende Klassen vor, und zwar gegen eine Vergütung von 2% per Jahr....."

Aber der Einfluss von Proudhon auf die anarcho-syndikalistische Gesinnung beschränkt sich nicht allein auf diese relativ unwichtigeren Punkte. Der Sozialismus Proudhons stellt in seinen Grundzügen die Basis der gesamten anarcho-syndikalistischen Lehre dar, höchstens dass Annäherungen an die modernen grossindustriellen Verhältnisse vollzogen wurden.

In den Auffassungen der CNT sind einfach die Betriebe als selbständige Einheiten in den "freikonkurrenz-Sozialismus" aufgenommen. Die Anarcho-Syndikalisten wollen nicht zum Kleinbetrieb zurück, sie wollen diesen auf die Dauer selbst liquidieren, oder, noch besser, seines natürlichen Todes sterben lassen, weil derselbe nicht rationell arbeitet.

Aber ersetzt man in den Schriften Proudhons das Wort "Kleinbetrieb" durch das Wort "Grossbetrieb", das Wort "Handarbeiter" durch "Arbeitersyndikat", dann erhält man den Sozialismus der CNT zurück. Wenn die privatkapitalistischen Tendenzen in den russischen

Agrarkollektiven sich weiter durchsetzen und diese sich unabhängig vom Staat machen könnten, dann würde die Organisation der russischen Agrarproduktion ein prächtvolles Beispiel des anarcho-syndikalistischen Sozialismus darstellen.

Die Notwendigkeit einer planmässigen Produktion.

In Wirklichkeit sind jedoch diese Auffassungen utopisch, und, wie die Erfahrung zeigte, für Spanien nicht zu verwirklichen. Eine freie Konkurrenz ist gegenwärtig nicht mehr möglich und gewiss nicht in einer Kriegswirtschaft wie Katalonien. Wo verschiedene Betriebe oder ganze Ortschaften sich frei und selbständig gemacht, aber in Wirklichkeit diese Freiheit benutzt hatten, um die Verbraucher ihrer Produkte auszuplündern, müssen nun CNT und FAI die Folgen ihrer ökonomischen Theorien mit Kraft bekämpfen. Sie waren hierzu gezwungen, weil ein Kampf Aller gegen Alle zu entbrennen drohte, gerade in dem Augenblick in dem der Bürgerkrieg die einheitliche Zusammenfassung aller Kräfte zwingend erfordert. Sie wissen keinen anderen Weg, als die Bolschewisten und Sozialdemokraten, auch nämlich Aufhebung der Selbständigkeit der Betriebe und Unterwerfung derselben an eine zentralökonomische Leitung.

Dass sie diese Leitung mittels ihrer eigenen Gewerkschaftsorganisation errichten, ändert an der wesentlichen Bedeutung derselben nichts. Wenn nämlich die Arbeiter als Lohnarbeiter in das zentral geleitete Produktionssystem eingefasst sind, kann auch eine CNT-Leitung nichts anderes daraus machen als ein nach kapitalistischen Prinzipien funktionierendes System. So zeigt sich, dass die theoretischen Auffassungen der Anarcho-syndikalisten sich durch die Praxis in ihr Gegenteil verwandeln. Das ist auch nicht anders möglich, denn sie können keine Antwort geben auf die wichtigste Frage, vor welche die ökonomische Organisation der proletarischen Revolution zu stehen kommt. Diese Frage ist: "Auf welche Weise wird das Anteil bestimmt, den jeder Teil des Produktionssystems, oder jedes Mitglied der Gemeinschaft vom Totalprodukt erhält?"

Gemäss der anarcho-syndikalistischen Theorien sollten die selbständigen Betriebe oder freie Individuen,

nic
tis
vie
Leb
zu

scha
gen,
veri
an F

nich
durc
führ

Plan
Agra
stel
eben
"Max
Händ
Grun
unte
Fern
samt
welc
Prod
best
Sie
Leit
zu e
best
der
prol
vor
nes
tees
unve
verm
flus
richt

diesen Anteil durch den Gebrauch des "freien Kredits", durch die Produktion für den Markt und den Rückempfang des vollen Wertes durch den Austausch selbst bestimmen. Dieser Grundgedanke wurde auch aufrechterhalten, als man, - bereits vor Jahren - die Notwendigkeit der Planproduktion und darum auch der zentralen Buchführung einsah. Die Anarchosyndikalisten wollen wohl das ökonomische Leben planmässig leiten und sind der Meinung, dass dies ohne zentrale Registrierung, wodurch das Produktionsleben statistisch erfasst und die gesellschaftlichen Bedürfnisse festgestellt werden können nicht gut möglich ist. Sie versäumen jedoch eine Basis anzugeben, worauf diese statistischen Feststellungen beruhen. Es ist doch eine feststehende Wahrheit, dass die Produktion nicht statistisch erfasst und planmässig geregelt werden kann, wenn man nicht einen Massstab besitzt, mit dem die Produkte gemessen werden können.

Bolschewistische oder kommunistische Produktion.

Kommunismus bedeutet Produktion für die Bedürfnisse der breiten Massen. Die Frage, wieviel durch den Einzelnen konsumiert werden kann und schliesslich die Frage, wie die Rohstoffe und Halbfabrikate über die verschiedenen Betriebe verteilt werden, kann nicht gelöst werden, in der dem Kapitalismus eigenen Weise, nämlich, durch den Gebrauch des Geldes als allgemeinen Massstab. Das Geld ist als solches Ausdruck bestimmter Eigentumsverhältnisse. Wer Geld hat, hat mittelst desselben Anspruch auf einen bestimmten Anteil des gesellschaftlichen Produktes.

Dies gilt für jeden Einzelnen ebenso wie für jedes Unternehmen. Im Kommunismus jedoch ist der Privatbesitz an Produktionsmitteln aufgehoben. Und doch muss jeder Einzelne seinen bestimmten Teil zur Konsumtion aus dem gesellschaftlichen Reichtum erhalten, ebenso müssen jedem Betrieb die benötigten Rohstoffe und Hilfsmittel erreichbar sein. Wie dies zu tun? Darauf kann uns der Syndikalismus keine andere Antwort geben als dass dieser Teil "statistisch" festgestellt werden muss.

Wir haben hier mit einem der schwerwiegendsten Probleme jeder proletarischen Revolution zu tun und der Syndikalismus steht ihm ohnmächtig gegenüber. Würden die Arbeiter die Feststellung der Anteile des Einzelnen einfach einem "statistischen Büro" in die Hände geben, dann hätten sie damit eine Macht geschaffen, die durch sie nicht mehr kontrolliert werden kann. Umgekehrt dagegen, wenn die Arbeiter in den Betrieben einfach das Recht haben sich einen willkürlichen Teil zu nehmen, ist ebenfalls eine geordnete Produktion ausgeschlossen.

Das Problem steht also im Grunde folgendermassen: Wie sind die beiden, auf den ersten Blick entgegengesetzten Dinge, alle Macht den Arbeitern, also grösstmöglicher Föderalismus, und planmässige Regelung der Produktion, also äusserster Zentralismus mit einander zu vereinigen?

Die Antwort auf diese Frage ist nur zu geben wenn man von einer Betrachtung der Grundlagen der gesamten gesellschaftlichen Produktion ausgeht. Die Arbeiter in den Betrieben geben allesamt an die Gesellschaft ein und dasselbe Ding, nämlich ihre Arbeit. Hierdurch erst werden sie zu vollwertigen Mitgliedern der kommunistischen Gesellschaft. In einer Gesellschaft ohne Ausbeutung wie sie die kommunistische ist, kann es darum gar nicht anders sein, als dass die Arbeit, d.h. das was der Einzelne der Gesellschaft gibt, der Massstab ist für das was er von der Gesellschaft an Konsumtionsmitteln zurückerpfängt.

Im Produktionsprozess werden die Rohstoffe zu für die Konsumtion brauchbaren Produkten durch die Hinzufügung von Arbeit. Für ein "statistisches Büro" würde es heute völlig unmöglich sein, die in den jeweiligen Produkten steckende Arbeit festzustellen. Das Produkt ist durch unendlich viele Hände gegangen, eine unübersichtlich lange Reihe von Maschinen, Hilfsmitteln, Rohstoffen und Halbfertigprodukten wurden zu seiner Fabrikation verwendet. Welches zentrale statistische Büro könnte alle diesen Summen zu einem übersichtlichen und für die Reproduktion brauchbaren Ganzen verarbeiten? Andererseits dagegen ist es für den einzelnen Betrieb sehr gut möglich, wenn ihm mitgeteilt wurde wieviel Arbeitszeit die von ihm gebrauchten Rohstoffe befassten, festzustellen wieviel Arbeitszeit er selbst verwandte und aus diesen beiden Summen durch einfache Addition die Menge der bisher im Produkt kristallisierten Ar-

nic
tis
vie
Leb
zu

sch
gen
ver
an

nich
dur
füh

Fla
Agr
ste
eber
"Ma
Händ
Grun
unte
ferr
samt
welc
Proc
best
Sie
Leit
zu e
best
der
prol
vor
nes
tees
unve
vern
flus
rich

beitszeit anzugeben. Weil nun alle Betriebe miteinander im Produktionsprozess verbunden sind, ist es eine Kleinigkeit für den Einzelbetrieb aus allen erhaltenen Angaben die Gesamtmenge der Arbeitszeit die im fertigen Produkt steckt, zu berechnen. Ebenfalls einfach ist es, durch Division von verwandter Arbeitszeit durch Produktenmenge die gesellschaftlich durchschnittliche Arbeitszeit für das einzelne Produkt anzugeben. Diese letztere Grösse ist nun bestimmend für den Konsumenten: Um ein Produkt zu erhalten muss er lediglich den Nachweis bringen, dass er die im Produkt steckende Arbeitszeit in anderer Form bereits an die Gesellschaft gegeben hat. Hier ist also jede Ausbeutung ausgeschlossen; jeder empfängt was er gibt, jeder gibt was er empfängt, nämlich die gleiche Summe gesellschaftlich-durchschnittlicher Arbeitszeit. Für ein zentrales statistisches Büro, welches dem einzelnen Arbeiterkategorien "ihren" Teil zuweist, ist im Kommunismus kein Platz.

Die Menge, die der einzelne Arbeiter verzehrt, wird nicht von "oben" bestimmt, sondern jeder Arbeiter bestimmt durch seine Arbeit selbst, wieviel er von der Gesellschaft zurückfordern kann. Eine andere Möglichkeit zur Festlegung des Verhältnisses zwischen Geben und Nehmen kann es im Kommunismus (zumindest in seiner ersten Phase) nicht geben. Statistische Büros haben lediglich die Aufgabe der Administration, sie können auch aus den erhaltenen Einzeldaten gesellschaftliche Durchschnittswerte berechnen u dgl. Sie sind ein Betrieb wie alle anderen Betriebe auch, besondere Rechte kommen ihnen nicht zu. Dort wo ein Zentrales Büro andere Funktionen, Machtfunktionen ausübt, ist kein Kommunismus, sondern Ausbeutung, Entrechtung, Kapitalismus.

Für eine mehr ins Einzelne gehende Betrachtung auf diesem Gebiete verweisen wir auf die von der AAUD ausgegebene Broschüre "Grundprinzipien kommunistischer Produktion und Verteilung" und ihre Zusammenfassung in RK 10/11. Hier war nur festzustellen, dass die Frage, ob die eine oder andere Diktatur entstehen muss nicht losgelöst werden kann von der Frage nach der Grundlage der Produktion und Verteilung die in

einer Gesellschaft herrschen. Nochmals, wenn nicht die Arbeitszeit als Massstab für die gesamte Produktion und Distribution fungiert, wenn ein "statistisches Büro" den Arbeitern die "Ration" zuteilt, wenn das Verhältnis von Produktion und Konsumtion nicht unmittelbar durch den Produktionsprozess selbst bestimmt wird, dann folgt notwendig Kapitalismus, sei es auch eine neue Art Kapitalismus.

Die Syndikalisten bleiben auf die Frage, nach welchen Prinzipien die Güterverteilung geregelt werden soll, die Antwort schuldig. In der ganzen Abhandlung welche "L'Espagne Antifasciste" an die ökonomische Rekonstruktion widmet, wird lediglich an einer einzigen Stelle die Frage nach der Recheneinheit im Kommunismus angeschnitten, nämlich im Nummer vom 11. 12. 36 wo es heisst:

"In dem (sehr wahrscheinlichen) Falle, dass ein Tauschmittel eingeführt wird, das mit dem heutigen Gelde nichts mehr gemein hat, und nur zum Zwecke der Vereinfachung des Tausches fungiert, wird der "Rat für den Kredit" diese Tauschmittel administrieren."

Der Gedanke der Notwendigkeit einer Recheneinheit um eine Übersicht der gesellschaftlichen Bedürfnisse möglich zu machen und um einen Massstab für Konsumtion und Produktion zu erhalten ist hier nicht einmal im Keime anwesend. Das "Tauschmittel" hat nur die Funktion den Tausch zu erleichtern. Wie es diese Aufgabe erfüllen soll, darüber kein Wort. Nach welchem Massstab die Produkte sich in diesem Tauschmittel ausdrücken sollen, - in der ganzen Abhandlung wird darüber nichts gesagt. Wie die Bedürfnisse festgestellt werden, ob durch Betriebsräte oder Verbrauchergenossenschaften oder durch die Techniker der Administrationsbüros, - kein Wort, keine Silbe. Worin das neue Tauschmittel prinzipiell vom Gelde sich unterscheiden soll, dies wird nicht auseinandergesetzt. Dagegen wird die technische Ausrüstung des Produktionsapparates in allen Details behandelt. Die ökonomischen Probleme werden von den Syndikalisten zu technischen Problemen gemacht.

In dieser Beziehung sind die Syndikalisten eng verwandt mit den Bolschewisten. Auch bei den Bolschewisten steht die technische Organisation der Produktion im Zentrum des Interesses. Der einzige Unterschied zwischen den beiden Auffassungen ist die grössere Naivität der syndikalistischen. Der Frage nach dem Entstehen neuer Bewegungsgesetze in der Ökonomie trachten

sie beide zu entweichen. Dagegen geben die Bolschewisten wohl eine Antwort, sogar eine sehr konkrete, auf die Frage der technischen Organisation, sie sind für eine absolute Zentralisation unter Leitung eines diktatorischen Apparates. Die Syndikalisten hingegen, mit ihrem Streben nach "Selbständigkeit der einzelnen Betriebe" wissen noch nicht einmal dies Problem zu lösen. Soweit sie dagegen in der Praxis Beiträge zu seiner Lösung liefern, tun sie es indem sie das Selbstbestimmungsrecht der Arbeiter preisgeben. Denn Selbstbestimmungsrecht der Arbeiter über die Betriebe und Zentralisation der Leitung der Produktion sind nun einmal solange nicht zu vereinen als die Grundlage des Kapitalismus, die Geld- und Warenwirtschaft nicht zerschlagen und eine neue Ordnung auf der Grundlage der gesellschaftlich-durchschnittliche Arbeitszeit ins Leben gerufen ist. Die Einführung der Letzteren können die Arbeiter nicht von den Parteien erwarten, dazu bedarf es ihrer eigenen Tat.

An die Leser und Freunde der R.K.

Die schlechte Finanzlage der Kreise auf die RK sich stützt, (hauptsächlich Emigranten) hat zu dem unregelmässigen Erscheinen in der letzten Zeit beigetragen. Dieser Zustand muss aufhören, es ist nötig das Weiterbestehen unserer Zeitschrift zu sichern, Wir wenden uns darum an alle Kamaraden die Interesse daran haben dass die R.K. ihre wichtige Aufgabe weiter erfüllen kann. Wir rufen sie auf den Leserkreis vergrössern zu helfen, Abonnenten zu werben, für pünktliche Abrechnung Sorge zu tragen, Stützpunkte zu schaffen in allen Emigrationszentren. **Sendet** uns Adressen für die R.K., versucht in neue Kreise einzudringen. Von der Aktivität unserer Leser hängt es ab ob wir in Zukunft regelmässige Ausgabe der R.K. ermöglichen können. Andererseits ist die Mithilfe unserer Leser auch in der Form von Beiträgen zu dem Inhalt dringend notwendig. Zu dieser Hilfe rufen wir auf!

E I N B R I E F A U S D E U T S C H L A N D

(Übersetzt aus Council Correspondence Jan '37).

Es ist den Nationalsozialisten bekannt, dass in breiten Schichten der Bevölkerung ein Mangel an Lebensmitteln besteht. Sie scheinen sich des Ernstes der Lage bewusst zu sein und machen grosse Anstrengungen, die daraus entspringenden, ihre Herrschaft bedrohenden Probleme zu lösen. So versuchen sie mit alle möglichen Mitteln die Zahl der Arbeitslosen zu vermindern. Wenn auch die Einführung der allgemeinen Dienstpflicht eine grosse Anzahl guter Fachleute aufzog und einigen selbst eine Perspektive eröffnete, wenn auch die Rüstungsindustrie bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt ist und Metallarbeiter gebraucht werden, besteht doch noch eine ziemlich grosse Arbeitslosigkeit. Diejenigen, die in der Rüstungsindustrie keine Arbeit bekamen, werden mit Fürsorgearbeit beschäftigt. Sie bauen Autostrassen oder unterstehen dem "Arbeitsdienst" oder der "Landhilfe". Dies trifft besonders auf junge Arbeiter zu.

Fürsorgearbeit bedeutet, dass man einen geringen Zuschlag auf den gesetzlichen Unterstützungssatz erhält. So beträgt der Stundenlohn beim Reichsautostrassen-Bau, 56 Pfennige. Beim Arbeitsdienst und bei der Landhilfe erhalten die dort gezwungen tätigen Arbeiter neben Kost und Wohnung ein unbedeutendes Taschengeld. Nur diejenigen jungen Arbeiter die eine der beiden Einstellungen durchlaufen haben haben Aussicht auf bessere, reguläre Arbeit.

Die Landhilfe wird sehr gefürchtet. Die jungen Arbeiter erhalten hier einen "Lohn" der monatlich 15 Reichsmark beträgt. Dafür wird dann jeden Tag gearbeitet, selbst der Sonntag ist nicht frei.

Der Arbeitsdienst und die Landhilfe spielen eine nicht zu unterschätzende Rolle im öffentlichen Leben. Jedes Halbjahr Dienst in der Landhilfe wird bescheinigt. Es gibt Fälle, wo junge Arbeiter vier solcher Bescheinigungen beim Arbeitsamt vorzeigen konnten und doch keine reguläre Arbeit erhielten. Diejenigen die in einem halben Jahr die Bedienung einfacher Maschinen

nie
ti
vie
Leh
zu

sch
ger
ver
an

nie
dur
füh

Fla
Agr
ste
ebe
"Ma
Hän
Gru
unt
fer
sam
wel
Pro
bes
Sie
Leit
zu
best
der
prol
vor
nes
tee
unve
vern
flus
rich

erlernen können, dürfen hoffen bei genügender Leistung für 63 Pfennig Stundenlohn in der Metallindustrie Arbeit zu bekommen. Auf diese Weise bilden sie nebenbei eine ernste Konkurrenz für die gelernten Metallarbeiter welche noch immer einen Lohn von 92 Pfennigen erhalten.

Die Bemühungen des Staates um Arbeit zu beschaffen, tragen den Stempel des fieberhaften. Tausende Arbeiter, Drucker, Maler u.dgl., also solche die nicht Metallarbeiter sind, werden ungefähr drei Monate bei öffentlichen Werken beschäftigt und wandern dann zu den Arbeitsämtern zurück. Diese Tatsache beweist das Bestehen eines Arbeitsmangels selbst wenn in der Rüstungsindustrie bis zu 74 Stunden per Woche gearbeitet wird.

Ein gigantischer Staatsapparat bemüht sich die Lage zu beherrschen, drohend entsteht die Frage, ob es dem Nationalsozialismus gelingt die ökonomische Krise zu überwinden. Selbst der einfache Erwerblose, von dem man erwartet zu begreifen, dass die "Alten Kämpfer" um des Prestiges Willen, zuerst Arbeit erhalten müssen, erkennt dies. Die Diktatur des Parteibuches ist an den Stempelstellen deutlich fühlbar.

Neben den Metallarbeitern können auch fähige Stenografen auf Arbeit rechnen. Denn die Bürokratie wächst noch schneller als die Rüstungsindustrie. In Kursen für Stenografie und Ähnlichem haben junge Mädels Gelegenheit sich heranzubilden, um ihren Teil zur grossen "Bewaffnung für den Frieden" beitragen zu können.

Während der Olympiade wurden die Zügel merkbar gelöst. Der Besucher aus dem Auslande musste den Eindruck eines friedlichen Landes ohne Terror und Bespitzelung mit nach Hause nehmen. "Der Stürmer", besonders durch die Jugend viel gelesen, war damals nirgends zu finden. Vom Angestellten des Reisebüros bis zum gewöhnlichen SA-Mann war jeder auf den Empfang der Besucher gedrillt. Waren sie auch für "Greuel-Märchen" fassbar gewesen, als Spender von Valuta waren sie willkommen und wurden demgemäss behandelt.

In Verbindung mit den Olympischen Spielen wurden den leichtgläubigen, zahlungsfähigen Ausländern Zer-

streuung und Unterhaltung geboten. So fand in Hamburg der "Weltkongress für Freizeit und Entspannung" statt. Wenn auch die Zahl ausländischer Teilnehmer recht mager war, so tanzten doch vor dem begeisterten "Volk" und dem vergnügten Doktor Ley einige Bulgaren in nationaler Tracht. Aus allen Gebieten Deutschlands waren Abgesandte in "Volkstracht" erschienen. Es wurde viel gelacht und der Handel in Abzeichen und Autogrammen blühte. Die Plätze wurden für 2 RM die Stunde den Zuschauern vermietet. Kurz: Interesse an Kunst wie am Verdienst im Bezug auf die alten Volksbräuche wachsen; der Deutsche lacht wieder.

Oberflächlich gesehen ist alles in bester Butter in Deutschland, es ist Ordnung und Glück. Ordnung jedoch in dem Sinne, die uns an jene Touristen erinnert die Loblieder auf Mussolini sangen weil doch nun endlich zumindest die Züge dem Fahrplan entsprechend fahren. Und Glück weil Trachten, Uniformen, Flaggen im Überfluss vorhanden sind. In besseren Cafés und auf Vergnügungsbooten hört man schneidige Militärmusik; Soldaten füllen die Abteilungen der Züge, die sonst nicht so besonders besetzt sind. Die alte Romantik der Soldatenliebe blüht wieder auf und die Ausflüge von "Kraft durch Freude" geben viel Verkehr. Diese Organisation für Entspannung hat die phantastischsten Resultate.

Die Menschen sind in unglaublichem Masse unkritisch und unpolitisch. Sprich mit einem "guten Deutschen" über die Bewaffnung, welche seit der Wiedereinführung der Dienstpflicht kein Geheimnis mehr ist. Er wird Dir sagen, dass Hitler der meist friedensliebende Mann auf Gottes Erdboden ist. Seine Bewaffnungen dienen einzig und allein der Sache des Friedens. Antworte ihm mit Auszügen aus den Reden Hitlers die das Gegenteil beweisen, er wird Dir sagen, dass er sich nicht für Politik interessiert und dass wahrscheinlich in diesem Zusammenhang bestimmt noch Faktoren sind von denen man nichts weiss. "Aber der Führer... Nein, Herr!" Doch wie ist die Einstellung der früheren Gegner des Hitlerismus in den Werkstätten und Fabriken? Ist auch von grösseren Streiks und Demonstrationen nicht zu berichten, so kann doch keine Rede davon sein, dass die deutsche Arbeiterklasse als Gesamtheit nationalsozialistisch geworden wäre. Wer den Zusammenbruch der

ni
ti
vi
Le
zu

sc.
ge:
ve
an

ni
du:
fu:

Fla
Agi
ste
ebe
"Ma
Hän
Gru
unt
fer
sam
wel
Pro
bes
Sie
Lei
zu
bes
der
pro:
vor
nes
tees
unve
vern
flue
rich

deutschen Arbeiterbewegung als Resultat des Überlaufs der Arbeitermassen zum Nationalsozialismus sieht, ist unfähig die Möglichkeit des Emporsteigens zu erlebten Klassenkämpfen zu begreifen.

Es scheint dass die Arbeiter jetzt aus den langen narkotischen Schlaf seit der Niederlage erwachen. Keine der früheren Organisationen spielt noch eine Rolle. Die illegalen Gruppen, gering in der Anzahl, erscheinen nicht an der Oberfläche, für die grosse Masse bestehen sie einfach nicht. Eine Klasse kann sich jedoch bewegen ohne "Politik zu treiben", sie kann es selbst dann wenn sie von ihren Organisationen beraubt ist.

Die Lohntüten sind nicht dicker geworden, die Arbeiter samt ihren Frauen fühlen dieses und sind gezwungen den Existenzkampf fortzusetzen. - Dr. Ley besuchte vor Kurzem einen Metallbetrieb im Rheinland. Die Arbeiter grüssten ihn mit einem wüsten "Heil Hitler" und hielten gleichzeitig demonstrativ ihre mageren Lohntüten in die Höhe.

Während dieses nur eine erste Äusserung der wachsenden Unzufriedenheit ist, werden auch mehr und mehr Zeichen kollektiven Widerstandes sichtbar. In einer grossen norddeutschen Maschinenfabrik wurde der Belegschaft, einige tausend Mann, befohlen, in einer der grossen Arbeitshallen eine der Wahlreden Hitlers anzuhören. Nur das Kontorpersonal und die Aufseher erschienen. Die Arbeiter versammelten sich dagegen auf dem Hof vor dem Eingangstor, welches solange geschlossen gehalten wurde, bis die Aussendung geendet war. Der Zustand wurde kritisch, die wenigen wirklichen Nazis unter den Arbeitern wagten es nicht den Mund auf zu machen. - Im Allgemeinen geschehen heute Dinge auf den Arbeitsplätzen die ein Jahr zuvor noch ausgeschlossen waren.

Ein Genosse erzählte mir von einem Rüstungsbetrieb in Gross-Berlin wo 5000 Arbeiter tätig sind und wo er vor Hitlers Machtübernahme arbeitete. Nach dem Zusammenbruch der alten Arbeiterbewegung waren die Arbeiter völlig entmutigt, und sahen kein Ende an der neuen Sklaverei. Ein scharfes Kontrollsystem wurde eingeführt. Je zehn Mann unterstanden einem bewaffneten Aufseher; um zur Toilette zu gehen musste eine

Karte geholt werden. Während an besagtem Platze zwei Bewaffnete Wacht hielten. 74 Stunden wurde in der Woche gearbeitet, lediglich alle 4 Wochen gab's einen freien Sonntag. Noch bis vor einem Jahr wurden die Arbeiter terrorisiert, dann aber "akklimatisierten" sie sich. Heutigentags kommen sie mit ihren alten Reichsbanner-, Eisern-Front-, oder Antifa-Hemden zur Arbeit. Wenn ein Aufseher dagegen protestiert, sagen sie: "Heil Hitler! Kauf mir ein anderes!" - Niemand fürchtet mehr die "Jungens mit dem Revolver". Die Arbeiter besprechen ziemlich offen während der Mahlzeiten die Probleme die sie interessieren und bewegen sich so wie früher. Die Kontrolle ist machtlos; das gesamte Personal ist rebellisch und scheint zu glauben dass es bestimmt noch eine völlige Umkehr der Dinge erleben wird.

Es ist sehr gut möglich, dass die Regierung wieder zu terroristischen Massnahmen greifen wird um solchem Zustand ein Ende zu setzen. Aber dann wird sie bestimmt nicht mehr die ohnmächtige Angst von vordem hervorrufen, sondern auf die wachsende Feindschaft der Arbeiter stossen. Der Regierung gelang es nicht, die Betriebe zu erobern; sie kann die Arbeiter nur noch zu ihren erbitterten Feinden machen.

Der ausländische Tourist sieht von den wirklichen Zuständen nichts. Er kann die wirkliche Einstellung der Arbeiter nicht ergründen, sondern bestenfalls Zeuge sein von Äusserungen der Unzufriedenheit der kleinen Geschäftsleute oder der Bauern. Diese waren erst blinde Folglinge Hitlers; heute, gedrückt vom andauernden Elend, verfluchen sie öffentlich den jetzigen Zustand. Andererseits sieht er wenig von der Intensität der deutschen Rüstung, obwohl Paraden und Fliegerübungen zur gewöhnlichen Tageserscheinung gehören.

Wenn irgend möglich, werden solche Dinge geheim gehalten. Von bestimmten Zentren spannt sich das Netz der Rüstungsindustrie über das ganze Land. Die einzelnen Betriebe verfertigen Einzelteile deren Bestimmung den Belegschaften unbekannt ist. Draussen trägt so ein Betrieb einen harmlosen Namen, z.B. Hansa Ketten Fabrik; drinnen wird Munition verfertigt. Das Personal solcher Fabrik, worunter sich vielfach 15-jährige Mädchen befinden, ist zur Geheimhaltung verpflichtet. Jeder Einzelne musste einen Revers unterschreiben worin unter anderem eine Bestimmung aufgenommen ist, die für

n:
t:
vi
Le
zu

so
ge
ve
an

ni
du
fü

Fl
Ag
ste
ebe
"Ma
Här
Gr
unt
fer
san
wel
Pro
bee
Sie
Lei
zu
bes
der
pro
vor
nes
tee
unv
ver
flu
ric

"Verrat" die Todesstrafe vorsieht.
Die neuen Munitionsfabriken gleichen wahren Gärten. In den Innenhöfen befinden sich Blumenbeete, die Dächer sind mit Grünanlagen versehen. Gartenanlagen erhöhen die Arbeitsfreude, und... bilden eine ausgezeichnete Maskierung gegen Fliegerangriffe böser, misgünstiger Nachbarn, die Deutschland nicht in Ruhe bewaffnen lassen wollen. Um völlig verdeckt arbeiten zu können sind diese Fabriken so gebaut dass nachts keinerlei Licht nach aussen scheint.
Krupp baut jetzt neue Fabriken in Norddeutschland, die den Eindruck harmloser Schuppen machen; die wirklichen Arbeiten werden in bombensicheren unterirdischen Arbeitsplätzen verrichtet.
Was Spanien betrifft, so ist die Berichterstattung der deutschen Blätter so einheitlich pro-faschistisch, dass ich später sehr erstaunt war, als ich in ausländischen Zeitungen vom mutigen Standhalten der Volksfront las. Diese Isolierung kommt zum Ausdruck in der völligen Passivität der deutschen Arbeiter gegenüber den spanischen Kämpfen, aber im selben Masse sind sie passiv gegenüber dem deutschen Nationalismus.
Es bleibt noch die Frage nach der Form der neuen deutschen Arbeiterbewegung zu beantworten. Bis jetzt ist noch nichts von ihr wahrzunehmen. Nur ihre Basis ist vorhanden, gleichgültig, wie lange und schmerzvoll die Entwicklung sein wird. Neben der kleinen Anzahl namenloser Illegalen, die die dünnen Drähte ihrer Verbindungen gegen die überwältigende Macht des Terrors, der Gewalt und der Lüge in Stand zu halten trachten, während sie noch kaum passende Formen und Methoden für ihre Arbeit gefunden haben; neben diesen zersplitterten Gruppen, die keine bestimmte Bewegung bilden, beginnt sich jetzt die Arbeitermasse zu bewegen. Die Arbeiter sind nicht mehr will- und gefühllos wie in den ersten Jahren der Diktatur. Sie sammeln sich für die ersten, bescheidenen Solidaritätsaktionen gegen das Hitlerregime.
Die Arbeiterschaft ist nicht im Netz der Propaganda gefangen. Sie trachtet sich selbst wiederzufinden, die schwierige Lage zu begreifen und die Grundlage für den Kampf zu schaffen. Die Einheit, nicht

nur des Widerstandes, nicht nur gegen die wachsende Ausbeutung, sondern gegen die ganze verdorbene Sphäre der lügenhaften und terroristischen Hitlerdiktatur.

Bis jetzt erschienen:

- No: 1 Der Zusammenbruchstheorie des Kapitalismus.
- No: 2 Die Wirtschaftslage im Nationalsozialismus. Hitler-Deutschland im Zeichen des Zusammenbruchs. Der historische Materialismus. Thesen über den Kampf um die Arbeiterräte.
- No: 3 Thesen über den Bolschewismus.
- No: 4 Zur marxischen Akkumulations- und Zusammenbruchstheorie. Die Intelligenz im Klassenkampf. Der Kampf gegen die Herabsetzung der Erwerbslosenunterstützung in Amsterdam.
- No: 5 Arbeiterräte und kommunistische Wirtschaftsgestaltung. Vom Okzident zum Orient.
- No: 6 Zur Neuordnung der deutschen Arbeitsverfassung.
- No: 7 Grundlagen des gelben Imperialismus. Bemerkungen über die Arbeiterbewegung in Deutschland. Die Räte in der deutschen Revolution.
- No: 8/9 Das Werden einer neuen Arbeiterbewegung. Thesen über Staat und Partei.
- No: 10/11 Die gesellschaftlich-durchschnittliche Arbeitszeit als Grundlage der kommunistischen Produktion und Verteilung. Das Werden einer neuen Arbeiterbewegung (Kritik).
- No: 12 Die Gegensätze zwischen Luxemburg und Lenin.
- No: 13 Die Entwicklung der russischen Aussenpolitik 1917-1935. Bericht aus Dänemark.
- No: 14 Der Bergarbeiterstreik in Belgien Mai 1935. Klassenkampf im Kriege.
- No: 15 Partei und Arbeiterklasse. Kommunismus und Religion.
- No: 16/17 Riesenaussperrung in Dänemark. Differenzen in der Rätebewegung. Über Staatskapitalismus.
- No: 18/19 Massenstreik in Frankreich. Klassenkampf in Spanien.
- No: 20 Russland von heute. Das gelobte Land. Der Aufstand der Araber in Palästina.
- No: 21 Der Anarcho-Syndikalismus und die spanische Revolution. Ein Brief aus Deutschland.

-
n
t
y
L
z

s
g
v
a

n
d
f

Fl
Ag
st
eb
"M
Hä
Gr
un
fe
sa
we
Pr
be
Si
Le
zu
ber
de
pr
vo
nes
tee
unv
ver
flu
ric

Internationale
Rätekorrespondenz

Nr. 22. JULI 1937.